

Hannover, im Juli 2023

Impulspapier

Aus den fünf Podiumsdiskussionen bzw. Zukunftsdiskursen (ZD) haben wir als Projektteam zentrale Impulse abgeleitet. Sie fassen den aktuellen Stand zusammen und zeigen auf, welche Maßnahmen – nicht nur zur Beteiligung Jugendlicher – für eine „Transformation unserer Welt“ in Zukunft notwendig sind. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung wurde die politische Perspektive auf die Impulse diskutiert und bei der jeweiligen Auflistung ergänzt.

ZD 1: Junge Menschen gestalten den Wandel vor Ort

1. Jugendliche haben eine eigene Stimme und Meinung, die jedoch z.B. aufgrund des Wahlalters und durch den demographischen Wandel gerade im politischen Diskurs untergeht. Daher ist eine Repräsentation der Perspektiven Jugendlicher besonders relevant.
2. Jugendbeteiligung ist ein Aushängeschild in der Politik, allerdings oft nur in Form einer Scheinpartizipation. Die Jugendlichen werden häufig nur oberflächlich einbezogen, es wird keine richtige Verantwortung und Macht an diese abgegeben. Es braucht Mut und politischen Willen für eine echte Partizipation. Dabei sollten Jugendliche nicht nur zu „Jugendthemen“ befragt, sondern in verschiedene Bereiche einbezogen werden.
3. Projekte zur Jugendbeteiligung zielen oft nur auf bestimmte Gruppen von Jugendlichen ab. Beteiligungsformate müssen diverser gestaltet werden und *safe spaces* für marginalisierte Gruppen bieten. Es muss reflektiert werden, welche jugendlichen Stimmen gehört werden.
4. Es fehlt an hauptamtlicher Struktur bzw. Personal, um Jugendbeteiligung zu ermöglichen. Zudem existieren strukturelle Hürden für Multiplikator*innen, z.B. indem

Social Media nicht genutzt werden dürfen. Es bedarf einer nachhaltigen Finanzierung und Anpassung von Strukturen an die Lebensrealität von Jugendlichen.

5. Social Media dürfen nicht nur als oberflächliches Medium verstanden werden, sondern auch als eine politische Plattform, auf der Jugendbeteiligung stattfinden kann (s. auch ZD 4).

Perspektive aus der Abschlussveranstaltung: Die Wünsche von jungen Menschen werden inzwischen in der aktuellen Landespolitik zwar aufgenommen, wie beispielsweise beim Klimaschutz, jedoch sind diese nicht bindend. Mit der letzten Wahl hat sich die Jugendbeteiligung in den Parlamenten deutlich erhöht, was allerdings zwischen einzelnen Parteien variiert und bei allen Parteien noch ausbaufähig ist.

Junge Menschen in Parlamenten sind der Schlüssel für Partizipation. Allerdings braucht es trotzdem weiterhin junge Menschen für Proteste und Demonstrationen auf der Straße.

ZD 2: Diversität leben, Ungleichheit abbauen

1. Durch die Verteilung und Wahrnehmung von individuellen Machtpositionen ist es möglich, sich gegen Diskriminierung zu positionieren und für Diversität einzustehen. Jede*r sollte schauen und reflektieren: Was kann ich? Wofür stehe ich? Worauf habe ich Einfluss? Wie kann ich andere unterstützen?
2. Es benötigt eine Repräsentation von verschiedenen marginalisierten Gruppen sowie eine nicht-diskriminierende Sprache zum Empowerment aller.
3. Um eine diskriminierungssensible Bildung zu erreichen, ist das Hinzuziehen von betroffenen Menschen notwendig. Nur sie können durch ihre Erfahrungen und Expertise die Perspektiven unterrepräsentierter Gruppen eröffnen und verdeutlichen. Damit können eine Sensibilisierung für diskriminierende Inhalte sowie ein Perspektivwechsel ermöglicht werden.
4. Gegen eine Reproduktion von diskriminierenden Denk- und Verhaltensweisen helfen folgende Haltungen: zuhören, lernen sich zu hinterfragen, bereit sein auf Widerstände zu stoßen, neugierig sein, offen sein alte Muster zu verlernen.
5. Neben Top-down-Maßnahmen durch die Regierung ist es wichtig, durch individuelles Verhalten bottom-up einen Wandel in der Gesellschaft anzustoßen, um ein Umdenken für Diversität und Entfaltung in Gang zu setzen.

Perspektive aus der Abschlussveranstaltung: Probleme und Perspektiven marginalisierter Gruppen werden in Parlamenten noch nicht ausreichend berücksichtigt. Die Stadträte sind größtenteils weiß-heteronormativ. Parlamente und die Politik allgemein weisen diskriminierende Strukturen auf, wie beispielsweise die Sprache oder die großen erforderlichen Ressourcen für tatsächliche Partizipation. Zudem werden rassistische Narrative immer wieder in Parlamenten bedient.

ZD 3: „System Change, not Climate Change!“ – Pfade in eine Postwachstumsgesellschaft

1. Wachstum bringt vor allem Ungleichheit mit sich. Sein hauptsächliches Merkmal ist Ausbeutung von Menschengruppen und von der Natur.
2. Weniger Konsum ist ein wichtiger Faktor. Persönliche Werte (wie mentale Gesundheit, soziale Beziehungen) sollten anstelle von materiellen Werten mehr im Fokus stehen. Das Teilen von Ressourcen, weniger monetäre Arbeit, mehr lokale Arbeit in der Community, Care-Arbeit sowie das Tauschen/Leihen von Gegenständen sind wichtige Aspekte einer Postwachstumsgesellschaft. Ergo: Geld und Profit sind nicht entscheidend für das Wohlergehen.
3. Die Verzichtdebatte ist kontraproduktiv. Ein Konsum ist trotzdem möglich, z.B. durch Tauschen (Kleidertauschparty) und das Kaufen von gebrauchten Waren. Gleichzeitig müssen aber auch Dinge selbst repariert werden, anstatt sie neu zu kaufen. Die Frage ist zudem, wer verzichten soll. Fliegen wird als großes Thema zum Verzicht angeführt, obwohl nur 7% der Weltbevölkerung schon mal geflogen ist. Hier sind der Gerechtigkeitsaspekt und das Framing wichtig: Verzicht ist negativ behaftet; er kann aber auch als Chance gesehen werden (z.B. autofreie Städte: Wir dürfen nicht mehr Auto fahren in Städten vs. weniger Gefahr, weniger Lärm und mehr Platz).
4. Unternehmen sollten nicht an Profit, sondern an anderen Merkmalen (z.B. Nachhaltigkeit und Soziales) gemessen werden. Dies bedarf politischer Maßnahmen, damit es einheitliche Regelungen gibt, sodass alle mitziehen müssen. Wenn nur einzelne Unternehmen alleine vorangehen und dieses neue Feld erforschen müssen, ist es für diese schwieriger und demotivierender.
5. Es sollte möglichst früh im Kindes- und Jugendalter (in der Schule!) angefangen werden aufzuklären und Alternativen zum aktuellen System aufzuzeigen. Selbstwirksamkeit sowie das Entwickeln eigener Ideen von Schüler*innen nehmen in der Schule

wenig Platz ein. Daher ist Schule unter den aktuellen Rahmenbedingungen wenig geeignet, um dieses Thema zu behandeln. Es braucht Zeit und (Frei-)Räume, in denen Schüler*innen gute und wichtige Ideen entwickeln und umsetzen können.

Perspektive aus der Abschlussveranstaltung: In dem aktuellen System ist kein nachhaltiges Leben (wie Postwachstum, Mobilitätswende) möglich, da das System an sich nicht nachhaltig ist. Die Verantwortung für die Transformation wird auf die Einzelnen abgeschoben. Die individuelle Nachhaltigkeit sollte aber nicht auf die Spitze getrieben werden, da ein komplett nachhaltiges Leben nicht möglich ist. Stattdessen sollte im großen Maßstab angefangen werden, etwas zu ändern. Der Einfluss großer Konzerne auf die Politik kann jedoch Veränderung verhindern. (übertragbar auf den ZD 5)

ZD 4: Social Media und Change Agents im Kontext nachhaltiger Entwicklung

1. Kommentare und Meinungsäußerungen sind online häufig extremer als in der Realität. Dies führt zu Hate-Speech und Shitstorms. Es bedarf daher einer anderen Fehlerkultur auf Online-Plattformen, die ein gewisses Maß an Fehlertoleranz mit sich bringt.
2. Informationen können durch Social Media tagesaktuell und global weitergetragen werden, was ein großes Potenzial für eine nachhaltige Transformation birgt. Die verbreiteten Informationen können durch Nahbarkeit punkten und Handlungen anregen. Jedoch ist die Verifizierung der Richtigkeit und der Quellen der geteilten Informationen schwierig.
3. Die Medienkompetenz, z. B. im Zusammenhang mit Fake News, ist im Allgemeinen eher gering. Daher ist eine Förderung der Medienkompetenz entscheidend, um die Reichweitenpotenziale sozialer Medien positiv nutzen zu können.
4. Nicht nur der Algorithmus, auch die breite Masse der Nutzer*innen klicken und fördern unkritischen Lifestyle Content mehr als kritischen Bildungcontent. Es ist für Bildungs-Creator wichtig, die psychologischen Mechanismen auf Social Media zu kennen und diese so zu nutzen, dass z. B. für mehr Klicks Bildungcontent mit Memes kombiniert werden.

Perspektive aus der Abschlussveranstaltung: Auch in der parlamentarischen Arbeit wird Social Media zunehmend für politische Inhalte inszeniert. Allerdings verbreitet sich dabei

populistischer Content schneller als sachliche, faktenreiche Beiträge. Social Media sollten im politischen Kontext genutzt werden, um Aspekte und Prozesse aus der Politik transparenter zu machen und wissenschaftlich gegen Fake-Kampagnen vorzugehen.

ZD 5: Die Mobilitätswende nachhaltig und inklusiv gestalten

1. Es ist sowohl ein politischer als auch ein gesellschaftlicher Wandel nötig, um die Mobilitätswende umzusetzen. Die Debatte in der Gesellschaft ist allerdings emotional aufgeladen, weswegen ein langwieriger Prozess mit einer umfassenden Aufklärung und essentiellen Regularien nötig sein wird.
2. Eine nachhaltige Finanzierung ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Mobilitätswende. Statt einzelne teure Pilotprojekte zu fördern, sollte der Schwerpunkt auf langfristige, bewährte Maßnahmen, wie einen bezahlbaren und regelmäßigen ÖPNV oder ausgebauten und sicheren Radwegen, gesetzt werden. Es muss vertrauensvolle Angebote geben, weil diese langfristig existieren, eine unabhängige Mobilität gewährleisten und helfen, die PKWs pro Haushalt zu reduzieren.
3. Es sollte nicht die komplette Verantwortung der Änderung des Mobilitätssystems auf das Individuum abgegeben werden. Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass das Individuum sich umfassend über sämtliche Dimensionen seines Handelns bewusst ist. Außerdem sollte nicht nur bei Kindern und Jugendlichen angesetzt werden, sondern die ganze Gesellschaft einbezogen und zur Transformation gebracht werden.
4. Eine umfassende Mobilitätsbildung kann Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen neben einer reinen Wissensvermittlung helfen, eine nachhaltige Mobilität erlebbar zu machen und neue Möglichkeiten und Perspektiven zu erschließen.
5. Es bestehen aktuell weitreichende Ungerechtigkeiten in der Mobilitätskultur für Menschen mit Behinderung. In Deutschland ist für diese keine Grundmobilität gegeben, was in Diskriminierung resultiert. Da kein Interesse an einer Änderung der Umstände der Privatwirtschaft existiert, sind dringend politische Verpflichtungen erforderlich.
6. Bei Innovationen in der Mobilität sollte generell gelten, dass diese für alle verfügbar bzw. nicht vorausgesetzt sind, sodass niemand auf der Strecke bleibt und der Status Quo der Mobilitätzugänge nicht verschlechtert wird. Daher sind nicht-technische

Innovationen wie das 9€-Ticket, die für viele Menschen ganz neue Räume ermöglicht haben, sowie technische Innovationen, die keine Endgeräte voraussetzen, sondern nur den Zugang und die Nutzung erleichtern, zu forcieren. In jedem Fall sollten Kompromisse für eine schnelle Umsetzung eingegangen werden, da die Mobilitätswende dringend nötig ist.

Das Projektteam

Projektleitung:

Prof. Dr. Christiane Meyer, Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Andreas Eberth, seit März 2023 Universität Passau

Projektmitarbeiterinnen:

Lara Brede, Leibniz Universität Hannover

Lydia Heilen, Leibniz Universität Hannover

Tomke van Hove, Leibniz Universität Hannover

Das Projekt wurde gefördert vom niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) aus Mitteln des Niedersächsischen Vorab. Wir danken dem MWK für die finanzielle Förderung unseres Vorhabens!

Wir bedanken uns zudem für die zusätzliche finanzielle Unterstützung und Kooperation bei dem Büro für Chancenvielfalt sowie dem Green Office der Leibniz Universität Hannover.



Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur



Institut für Didaktik
der Naturwissenschaften

Didaktik der
Geographie